



BRÜSSEL 4, den

25 -02- 1982

Nr.

An Herrn HAGELSTEIN,
Bürgermeister von Büllingen

4760 BÜLLINGEN

Nr. 12.325/II/P/D
BN/MTV

Geehrter Herr Bürgermeister,

In der Sitzung vom 15. Oktober 1981 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (S.K.S.K.) eine Entscheidung getroffen zu der Klage gerichtet gegen das Ministerium des Mittelstandes hinsichtlich des Nichtvorhandenseins von in deutscher Sprache abgefassten Formularen bezüglich "Gesuche um Erteilung einer Hausierererkarte".

Laut Artikel 2 der Ministerial-Verordnung vom 10. März 1970 bezüglich der Ausführungsbestimmungen der Königlichen Verordnung Nr 82 vom 28. November 1939 für die Regelung des Hausierergewerbes muss der Antrag für den Genehmigungsbeleg zwecks Ausübung des Hausierergewerbes (Hausierergewerbekarte) beim Ministerium des Mittelstandes eingereicht werden, wobei die Gemeindeverwaltung des Hauptwohnortes des Antragstellers als Mittelsperson aufzutreten hat, mit Ausnahme der unter Absatz 2 desselben Artikels vorgesehenen Ausnahmefälle, welche im gegenwärtigen Falle keine Anwendung finden.

..../..

Das fragliche Ministerium erklärt, "dass keine in deutscher Sprache abgefassten Formulare für den Genehmigungsantrag einer Hausiererkarte bestehen und zur Ausführung dergleicher Formulare eine Abänderung der in dieser Sache bestehenden Verordnungen notwendig wäre; diese im Rahmen einer Umänderung der Gesetzgebung vorgesehene Anpassung ist in Bearbeitung". Soweit der Wortlaut eines am 21. August 1980 an Ihren Kollegen gerichteten Schreibens. Ausserdem fügt das Ministerium hinzu, dass es ihm unmöglich ist die gefragten Formulare zukommen zu lassen.

Diese Formulare bestehen in französischer und niederländischer Ausführung, wie aus den der S.K.S.K. durch das Ministerium des Mittelstandes übermittelten Formularen ersichtlich ist.

Die fraglichen Dokumente stellen im Sinne der koordinierten Sprachgesetze Formulare dar.

Nach Artikel 40, Absatz 1, sind die durch die Zentraldienste unter Vermittlung der Lokaldienste der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Formulare der in dieser Angelegenheit diesen Lokaldiensten auferlegten Sprachregelung unterworfen.

Gemäss Artikel 11, § 2, sind die Benachrichtigungen, Mitteilungen und Formulare, in diesem Falle die strittigen Dokumente, in den Gemeinden des deutschsprachigen Gebietes, zu dem "Büllingen" gehört, in deutscher und in französischer Sprache abgefasst.

Zuzüglich zu den Ausfertigungen der Formulare für Genehmigungsanträge hat das Ministerium des Mittelstandes der Kommission noch Muster von "Karten" (oder selbst Genehmigungen) übermittelt.

Diese Karten stellen im Sinne der gegenwärtigen koordinierten Sprachgesetze Bescheinigungen dar und müssen daher in der Sprache abgefasst sein, welche die betreffende Privatperson zu gebrauchen wünscht.

Wenn die Privatperson um den Gebrauch der deutschen Sprache anhält für die Textabfassung dieser "Karte", muss derselben Genugtuung gegeben werden.

Die Klage wurde demzufolge als zulässig und begründet anerkannt, da die deutschsprachige Privatperson sprachlich keine Genugtuung erhalten konnte bezüglich der Formulare oder Genehmigungsanträge für das Hausierergewerbe wie auch bezüglich der Bescheinigungen, in diesem Falle der Karten.

Das gegenwärtige Gutachten wird dem Minister des Mittelstandes zur Kenntnis gebracht.

Mit vorzüglichen Hochachtung.

Der Präsident

J. Fleerackers

